

Ressort: Politik

Koalitionspolitiker machen Südländer für britischen Euro-Frust verantwortlich

Berlin, 24.01.2013, 17:35 Uhr

GDN - Politiker von CDU und FDP haben Verständnis für die vom britischen Premierminister David Cameron erhobene Forderung nach einem neuen EU-Vertrag und einer darin verankerten Rückverlagerung von Rechten. "Meine schon mehrfach geäußerte Befürchtung, dass das zwanghafte Festhalten am Euro-Währungsraum in seinem heutigen Zuschnitt einen Keil zwischen Euro-Länder und Mitgliedsstaaten mit eigener Währung treibt scheint sich leider zu bestätigen", schreibt der Haushaltsexperte der Unions-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Willsch, in einem Gastbeitrag für "Handelsblatt-Online".

"Dass Großbritannien nun das Ziehen der Notbremse in Betracht zieht, halte ich angesichts der andauernden Versuche der europäischen Peripheriestaaten, ihre Schulden bei europäischen Einrichtungen abzuladen, für nachvollziehbar." Schließlich habe Großbritannien selbst mit übermäßigem Defizit und zu hoher Verschuldung zu kämpfen. Viel wichtiger wäre es aus Willsch Sicht aber, dass London versuche, die anderen Staaten wieder auf einen Kurs der Subsidiarität zu bringen - an der Seite Deutschlands. Vierzehn Jahre nach Einführung der gemeinsamen Währung treibe Europa an allen Ecken und Enden auseinander. Daher müsse jetzt um die politische Union Europas gekämpft werden. Dem Brüsseler Zentralismus müsse dabei aber "um der Vielfalt Europas und der Freiheit seiner selbstbestimmten Völker willen Einhalt geboten werden", betonte er. "Mit der Subsidiaritätsprüfung haben wir dafür das geeignete Instrument: nur das, was auf nationaler Ebene nicht sinnvoll geregelt werden kann, darf europäischer Regelung zugänglich sein." Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler sieht die Einheit Europas in Gefahr. "Die drohende Spaltung Europas wird durch den Abnabelungsprozess Großbritanniens besonders deutlich", sagte Schäffler "Handelsblatt-Online". "Es wäre tragisch, wenn Europa nur auf die Euro-Staaten reduziert würde. Das wäre ein Europa des Zentralismus und gleichzeitig der Weg in den Superstaat." Um dies zu verhindern, sei Großbritannien ein wichtiges Korrektiv in der Europäischen Union. Ansonsten sei zu befürchten, dass sich die Achse Europas in Richtung der südeuropäischen Staaten unweigerlich verschiebt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-6399/koalitionspolitiker-machen-suedlaender-fuer-britischen-euro-frust-verantwortlich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619